Alles, was Recht ist

Total ausgeliefert

Google hat die Macht. Nicht nur, dass keine andere Suchmaschine im Internet dem US-Riesen auch nur ansatzweise Konkurrenz machen könnte. Google darf offenbar, was es will. Und einiges scheint dem Unternehmen zudem ziemlich egal zu sein. In diesem Fall geht es um Arztbewertungen im Internet. Darüber ist die Rechtsprechung einschlägig: Nachweislich falsche Behauptungen müssen von den Bewertungsplattformen gelöscht werden. Ganz einfach? Nicht für Google. Ein Praxisbesitzer aus Hamburg hat dies nun zu spüren bekommen. Wenn man seinen Namen oder seine Praxis in die Suchmaschine eingibt, erscheint eine Bewertung bei Google. Dass diese aus Sicht des Arztes nachweislich falsch ist, (dort werde unter anderem über Behandlungen geschrieben, die in seiner Praxis gar nicht angeboten würden), scheint für den Internetgiganten egal zu sein. Der Arzt stuft die Bewertung als ruf- und geschäftsschädigend ein. Er wandte sich an Google Deutschland, das ihn wiederum an die Muttergesellschaft Google Mountain-View in den USA verwies und sich als nicht zuständig erklärte. Der Mann klagte. Das Landgericht Hamburg jedoch entschied, dass Google-Germany schlechte Arzt-Bewertungen nicht löschen muss. Für die Richter in Hamburg reichten die Indizien nicht aus, dass Google-Mitarbeiter in München oder in der Schweiz an der Suchmaschinenteknologie mitarbeiteten. Es bleibt jedoch spannend, ob noch weitere Ärzte oder Zahnärzte gegen ungerechtfertigte Bewertungen klagen. Inzwischen kann man offenbar auch gegen Google Mountain-View direkt vorgehen. *Az. 342 0428/16*

sas

Voll in Haftung

Es reicht für einen Zahnarzt nicht aus, seinem Patienten gegenüber eine bestimmte Behandlung zu empfehlen, die er für geboten hält. Ein Zahnarzt muss darüber hinaus den Patienten vollständig über die möglichen Konsequenzen des Unterlassens der Behandlung aufklären, ansonsten haftet er für etwaige Folgen. Dies entschied das Landgericht Mönchengladbach. Im zugrunde liegenden Fall ging es um eine Wurzelbehandlung. Mit einer sofortigen Behandlung hätte der betreffende Zahn vermutlich erhalten werden können. Der Zahnarzt klärte seine Patientin auf und empfahl die endodontische Therapie. Die Patientin jedoch habe noch warten wollen, geht aus der Dokumentation in der Patientenakte hervor. Nun könnte man meinen, der Zahnarzt habe seiner Pflicht von Aufklärung und Dokumentation genüge getan, doch dies ist nicht der Fall, entschieden die Mönchengladbacher Richter. Er habe über die möglichen Folgen der dringend notwendigen Behandlung aufklären müssen und auch über die Folgen des Nicht-Behandeln. Nur so hätte sich die Patientin ein umfassendes Bild machen und zu einer informierten Entscheidung gelangen können. Die mangelnde Aufklärung sei eine Pflichtverletzung. Schadenersatzforderungen seien berechtigt. *Az. 4 S 74/14*

sas

Hier steht eine Anzeige.